

Eine Rückkehr der Kirchen ins Zentrum des gesellschaftlichen Lebens wird mit Konsequenz verhindert. In aller Stille versuchen die Parteiorganisationen und Behörden durch kleine behutsame Schritte das Aktionsfeld der Kirchen weiter einzuengen und sie noch mehr an den äußersten Rand des gesellschaftlichen Lebens zu drängen. Es gibt z. B. Versuche, auf kirchliche Aktivitäten bei der Freizeitbetreuung Jugendlicher sowie im kulturellen Bereich (Laienspiele, Kirchenmusikveranstaltungen) reglementierend einzuwirken.

Es hat den Anschein, daß die SED-Führung auf längere Sicht in ihrem Kampf gegen Religion und Kirche vornehmlich auf den für sie vorteilhaften Trend der voranschreitenden Säkularisierung baut und nur noch in dosiertem Maß ihre zielstrebige, militante atheistische Propaganda und Erziehung fortführt. Dieses Vorgehen ist für sie erfolgversprechender. Obwohl die Kirchen in der DDR im Vergleich mit anderen Volksdemokratien eigentlich nie „verfolgt“ wurden, führte die Bedrängnis mit feineren Methoden zu beträchtlichen Einbußen der Kirchen.

## Problembereiche zum Zeitgeschehen

### *Die protestierende Linke — ihre Thesen und Aktionen*

Exakt läßt sich der Beginn der Bewegung der neuen Linken wohl kaum festlegen. Ihre geistigen Ursprünge reichen weit zurück. Sie wurden im letzten Heft (S. 236 ff.) dokumentiert. Zu ihnen stehen die Protestgruppen, die die gegenwärtige politische Linksbewegung verkörpern, in einem eigenartig gebrochenen Verhältnis. Begonnen hat es 1957. Damals wurden in Oxford zwei linke Zeitschriften gegründet, die sich 1959 zu der von einem idealistisch-humanistischen Sozialismus bestimmten „New Left Review“ zusammenschlossen. Auch an amerikanischen Universitäten wurden Ende der fünfziger Jahre „sozialistische“ Clubs und Zeitschriften gegründet. Eine protestierende Jugend gab es schon etwas früher in den USA, die Beat-Generation — protestierend freilich nur in einem vagen Sinn —, der später, auch in Europa, Provos, Hippies, Gammler folgten, Gruppen, die sich bewußt aus der Gesellschaft herauslösten. Blieben sie auch subjektivistisch, so suchten sie doch schon nach einer antiautoritären und enthierarchisierten Ordnung (nach W. Hollstein: „Der Untergrund“, Verlag Luchterhand, Neuwied 1969). Der amerikanische underground-Film (in Deutschland in den letzten Jahren entsprechend das „andere Kino“, besonders junger Hamburger Filmautoren), underground-Künstler wie *Tuli Kupferberg*, das schon längere Zeit bestehende, von *Julian Beck* und *Judith Malina* geleitete „Living Theatre“ (länger auch in Europa), mit seinen Produktionen auf die Aufhebung der Differenz von Theater und Wirklichkeit abzielend — diese Phänomene gehören ebenfalls hierher. Bezeichnenderweise war auch die „Situationistische Internationale“ („Internationale Situationniste“, Juli 1957 in Paris gegründet) eine Künstlervereinigung.

#### *Die ersten Gruppen und Aktionen*

Daneben bildeten sich in den USA jedoch politisch engagierte Gruppen, so 1960 das SNCC („Students Non-violent Coordinating Committee“), das vor allem im amerikanischen Süden im Sinne der Bürgerrechtsbewegung arbeitete und sich im Laufe der Zeit, unter dem Einfluß von *Malcolm X* und *Stokely Carmichael* wie auch der äußeren Umstände, radikalisierte und der Zielsetzung der „Black Power“ anschloß. Etwa seit 1960 wirkten auch die amerikanischen SDS („Student for a Democratic Society“), theoretisch nicht sehr ausgeprägt, gegen den amerikanischen Liberalismus und sein Establishment gerichtet wie auch das FSM („Free Speech Move-

ment“) von Berkeley, wo es Ende 1964 zu großen Unruhen (sit-in der Studenten, Gewaltanwendung der Polizei) kam. In Amerika wirkten politisierend besonders der Vietnam-Krieg und seine Eskalation durch die USA. (Nach Hollstein haben sich sogar die Hippies seit 67/68 politisiert, sie seien zum Teil zu „Yippies“ — nach „Youth International Party“ — geworden.) Ausgesprochen sozialistische Gruppen sind — abgesehen von der bedeutungslosen alten kommunistischen Partei — die „Progressive Labor Party“ (marxistisch-leninistisch-maoistisch) und die eher reformgläubigen Du Bois-Clubs. (Vgl. zum Ganzen: *Jacobs/Landau*, „Die Neue Linke in den USA“, Verlag Hanser, München 1969.)

In Deutschland lagen die Anfänge neuer linker gesellschaftskritischer Bewegungen auch auf einem stark durch ästhetische Motive bestimmten Gebiet. So bildeten sich 1957 in München die Gruppen „Spur“ und „Wir“, die sich zeitweise der „Situationistischen Internationale“ anschlossen; es gab dann, besonders unter der Wirkung von Adornos und Marcuses Schriften, eine „Subversive Aktion“, die 1963 das Flugblatt „Auch du hast Kennedy erschossen“ produzierte, 1964 die „Botschaft an die Lämmer des Herrn zum Katholikentag“ (die Kirche „ein Anachronismus“ mit einer „von Blut getränkten Geschichte“; „Das Absterben der Theologie ermöglicht die Erfüllung ihres Anspruchs“). Schon im Januar 1964 hatte eine kleine Aktion gegen den Springer-Verlag in Berlin stattgefunden. Man brachte einige Nummern einer Zeitschrift „Anschlag“ heraus, in der u. a. *F. Böckelmann* und *D. Kunzelmann* (später bekannt als Berliner Kommunarde) schrieben.

Der SDS, gegründet schon im September 1946, blieb lange Zeit mit der SPD eng verbunden. In den fünfziger Jahren kam es zu den ersten Differenzen. 1958 führte man die Anti-Atomtod-Kampagne erst noch mit der SPD zusammen, dann allein. 1960 wurde aus der „Rechten“ des SDS der SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund) gegründet, der nun von der SPD gefördert wurde und „vier Jahre hindurch ‚brav‘ blieb“ (so *E. Richert*, Die radikale Linke“, Colloquium-Verlag, Berlin 1968), bis er dann die früheren Positionen des SDS einnahm. Seit November 1960 durften SPD-Mitglieder nicht mehr SDS-Mitglieder sein — Anlaß war die Besorgung von Akten durch den SDS in Ost-Berlin für Material gegen NS-Richter gewesen, Ursache das Abrücken der SPD vom Marxismus seit dem Godesberger Programm 1959. Die wichtigsten Stationen der politischen Entwicklung in

Berlin waren: Dezember 1964 das Flugblatt zum Besuch Tschombés in Berlin: „Was hat der Mörder Tschombé bei uns zu suchen?“ und eine Demonstration, wonach es bereits eine verfälschende Darstellung in Berliner Zeitungen (meist Springer-Zeitungen) gab. 1965 entwickelten sich stärkere Konflikte an der Berliner „Freien Universität“, sehr rasch in die Öffentlichkeit getragen: der „Fall Kuby“ (Redeverbot für Erich Kuby durch den Rektor der FU), der „Fall Krippendorf“ (Krippendorf war Assistent von Prof. G. Zieburá am Otto-Suhr-Institut; nach einem Artikel im „Spandauer Volksblatt“ wurde sein Anstellungsvertrag nicht mehr verlängert).

Im Herbst 1965 gab es bereits die ersten Reaktionen auf den Vietnam-Krieg. Das Jahr 1966 brachte politisch die Bildung der „Großen Koalition“, die die Möglichkeiten einer innerparlamentarischen Opposition radikal reduzierte und so eine außerparlamentarische Opposition provozierte.

Die Frage, warum sich die Konflikte gerade an der FU Berlin entzündet haben, wird in der umfassendsten Darstellung der Vorgänge (*Friedeburg/Hörlemann/Hübner/Kadritzke/Ritsert/Schumm*: „Freie Universität und politisches Potential der Studenten“, Verlag Luchterhand, Neuwied 1969) mit dem Hinweis beantwortet, daß gerade hier die Diskrepanz zwischen der Verfassungswirklichkeit der Universität und den Erwartungen der Studenten besonders hoch gewesen sei; dazu sei die Wirksamkeit des SDS gekommen und ein allgemeines Unbehagen angesichts des „Versandens demokratischer Willensbildung“ in Deutschland (*Friedeburg*). Februar 1967 wurde in Berlin die „Kommune I“ gegründet als „Versuch“ einer neuen, die bürgerliche Familie negierenden Lebensform. (Viele solcher Kommunen bestanden schon in den USA, bestehen heute auch in Europa.) 1967 brachte jedoch politisch viel Schwerwiegenderes: am 2. Juni 1967 die Erschießung des Studenten Ohnesorge bei den Unruhen anlässlich des Schah-Besuches in Berlin (enthüllend hatten das Buch von *Bahman Nirumand* „Persien — Modell eines Entwicklungslandes“, rororo 945, und ein Vortrag Nirumands kurz vor dem Besuch gewirkt), allgemein die Entwicklung neuer Demonstrationsformen, die Ausweitung des Konflikts auf viele Universitäten in Westdeutschland, Störungen von Vorlesungen, erste „Besetzungen“ von Universitätsinstituten. Nach dem Attentat auf *Rudi Dutschke* im April 1968 folgten die Osterunruhen in vielen Städten, weitere Unruhen im Mai im Zusammenhang mit der zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze, weitere Besetzungen.

### Die vielen Gruppen . . .

Die Zurechnung einzelner Vorkommnisse zu den einzelnen Gruppen ist schwer. Als Vorreiter kann immer der — allerdings selbst verschiedene Richtungen umfassende und dezentralisierte SDS — gelten, als betont linke sozialistische Gruppe auch der SHB. Radikaldemokratische Gruppen sind die HSU (Humanistische Studentenunion) und der LSD (Liberaler Studentenbund Deutschlands). Die wichtigste Gruppe von älteren Linken ist der SB („Sozialistischer Bund“; geschäftsführender Sekretär *H. Brakemeier*), der sich aus der „Sozialistischen Fördergesellschaft“ gebildet hat, die Anfang 1961 auf Initiative Prof. *W. Abendroths* in Marburg mit dem Zweck der Unterstützung des SDS gegründet worden war. Andere nicht spezifisch studentische linke Gruppen, von

Parteien abgesehen, sind: VUS („Vereinigung unabhängiger Sozialisten“), der „Initiativausschuß zur Gründung einer Sozialistischen Partei“, die ASO („Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition“, besonders in Marburg), das am 3. Februar 1968 konstituierte „Sozialistische Zentrum“ (das als Rahmenorganisation gedacht war, vom SDS mit Distanz betrachtet, vor allem von VUS, SB und ASO bestimmt, bis der SB wieder austrat), die KDA („Kampagne für Demokratie und Abrüstung“. Zu ihr gehören Sozialisten wie Pazifisten; geschäftsführend *A. Buro*, *A. Klönne*, *K. Vack*. Die KDA steht, nach Buro selbst, „im Zeichen wachsender Schwäche“), die HU („Humanistische Union“, seit 1961), die „Republikanischen Clubs“ (RC). Auch der VK („Verband der Kriegsdienstverweigerer“) wäre hier zu nennen (vgl. ds. Heft, S. 273). Vor kurzem gegründet (Februar 1969) wurde die DU („Demokratische Union“), die einen gewaltlosen Weg zum Sozialismus suchen möchte, bei ihrer Gründungsversammlung aber schon linksnationale Neigungen zeigte. Gegründet wurde ferner in Offenbach ein „Sozialistisches Büro“ (soll der Kommunikation der verschiedenen linken Gruppen dienen; besonders SB- und KDA-Mitglieder).

Die Protestbewegung griff 1967/68 auch auf die Schüler über: im Februar 1967 wurde ein USSB („Unabhängiger Sozialistischer Schülerbund“) gegründet, der Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Schüler sowohl in der Schule als im Elternhaus beklagte; ebenfalls im Februar 1967 das — wichtigere — AUSS („Aktionsgemeinschaft unabhängiger und sozialistischer Schüler“), anfangs stark vom SDS beeinflusst, später selbständiger. Gegenstücke zu diesen Schülerorganisationen bilden — seit dem Frühjahr 1968 — die radikaldemokratische ADL („Aktionsgemeinschaft demokratischer Lehrer“) und der SLB („Sozialistischer Lehrerbund“).

Mehr der inneren Diskussion und der Selbstverständigung als der Wirkung nach außen dienen die zahlreichen Zeitschriften der neuen Linken. Die wichtigsten sind: „Die andere Zeitung“, Hamburg, eine sozialistische Wochenzeitung, geleitet von *G. Gleißberg*, mit Mitarbeitern wie *K. Hiller* und *W. Abendroth*, nach anfänglichem Erfolg stagnierend und vor kurzem eingegangen. „aktion“, seit 1967, Stuttgart, herausgegeben von *I. Vetter-Dwenger*. „alternative — Zeitschrift für Literatur und Diskussion“, seit 1955, Berlin, herausgegeben von *H. Brenner*. „Das Argument“, seit 1958, zweimonatlich erscheinend, Berlin; ursprünglich herausgegeben von *W. F. Haug* und *Chr. Müller-Werth* in Verbindung mit *G. Anders*, *Eggebrecht*, *Flechtheim*, *Gollwitzer*, *Grüber*, *M. Landmann*, *Taubes*, *Weischedel* — heute werden nur noch die beiden Herausgeber genannt. „Das Argument“ ist ausgesprochen neomarxistisch eingestellt und das wichtigste theoretische Organ der neuen Linken. Mit der Zeitschrift stand der Berliner „Argument-Club“ in Verbindung. „express international — Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur“; seit 1962, monatlich, Frankfurt; redigiert von *M. Büning*; der IG Metall nahestehend. „Extradienst“, Berlin, erscheint zweimal wöchentlich, redigiert von *C. Guggomoos*; Informationsblatt. „facit“, seit 1965, Köln; traditionell marxistisch-leninistische Zeitschrift des Kölner SDS. „konkret“; unter diesem Titel seit 1957 erscheinendes Magazin, herausgegeben von *K. R. Röhl*. Leitartiklerin war *U. M. Meinhof*, die vor kurzem unter dem Vorwurf ausschied, die — zusehends erfolgreiche — Zeitschrift wende sich vom ur-

sprünglichen Kurs ab. „Kursbuch“, seit 1966, im Suhrkamp Verlag erscheinend, herausgegeben von *H. M. Enzensberger*; anfangs eher literarisch, dann mehr und mehr politisch engagiert; legte besonders auch die Problematik der „Dritten Welt“ dar. „neue kritik — Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik“, seit 1961, herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS. „Sozialistische Hefte“, seit 1961, monatlich, Bielefeld, Organ der VUS; redigiert von *K. A. Otto*. „links — Sozialistische Zeitung“, Offenbach, seit 1969, herausgegeben vom Sozialistischen Büro. „Neue Linke“, seit April 1969, Bonn. „pardon“, satirische Monatszeitschrift, seit 1962, Frankfurt, Leitung *H. A. Nikel*. „Was tun?“, seit 1968, Mannheim; trotzkistisch. „Sozialistische Politik“, entstanden vor kurzem nach der „Berliner Zeitschrift für Politologie“. „Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung“, seit 1969, Berlin. „kürbiskern“ — Zeitschrift für Literatur und Kritik“, seit 1965, München, geleitet u. a. von *Ch. Geißler* und *Y. Karsunke*, die jedoch ausschieden, nachdem die anderen Herausgeber sich für die Besetzung der ČSSR ausgesprochen. „Der rote Morgen“, Hamburg, Blatt der (maoistischen) KPD — ML, herausgegeben von *E. Aust*. In Berlin erscheinen mehrere underground-Blätter, die sich häufig geradezu fäkalischer Sprechweise bedienen. „Charlie kaputt“; „Linkeck“; „Radikalinski“ (jetzt mit „Linkeck“ zusammengelegt); als jüngste Gründung „Scheiße“.

### *Gesellschafts- und Autoritätskritik*

Die Basis des Thesengebäudes der Neuen Linken bildet die *Kritik der Gesellschaft*, eine Kritik, die alle Einzelphänomene nur im Gesamtzusammenhang sehen will und daher häufig und gerne vom „Ganzen“, vom „Bestehenden“, vom „System“ spricht, in dem das einzelne nur seinen „Stellenwert“ (oder eigentlich -unwert) habe. Die Gesellschaft als Ganzes ist der entscheidende Faktor; auch in Einzelbereichen, wie Kunst und Wissenschaft, zeigt sich ihr mächtiger Einfluß. Alles ist mehr oder weniger vergesellschaftet. Dabei dominieren in der Gesellschaft — besonders der westlichen, der kapitalistischen — bestimmte Mächte, deren Herrschaft der *autoritäre Charakter* entspricht, wie er sich im geschichtlichen Verlauf gebildet hat. Autoritär „sind einerseits Menschen, die durch Macht statt durch Überzeugung Einfluß ausüben, andererseits solche, die sich der Macht ohne Vorbehalte unterordnen“ (*C. H. Bernbeck*, „Politisches Wörterbuch“, Diesterweg, Frankfurt 1968).

Politisch hat die Herrschaft bestimmter Mächte zu einer *Transformation der Demokratie* geführt. Angesichts dieser wird Kritik an Gesellschaft und Demokratie im noch ziemlich allgemeinen Sinne auch von vielen Anhängern der politischen Reform geteilt. So erscheint *A. Schwan* und *K. Sontheimer*, den Berliner Politologen, unsere Gesellschaft als politisch unbeweglich: die Teilnahme des Bürgers am politischen Leben beschränkt sich auf die Wahl alle vier Jahre, eine bloße „Akklamation“; es herrscht mithin eine „fundamentale Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit unserer Demokratie“ (Vorwort zu dem von ihnen herausgegebenen Band „Reform als Alternative“, Westdeutscher Verlag, Opladen 1968). *Th. Ellwein* beklagt im gleichen Band, wohl mit Recht, daß es in unserer Gesellschaft einen eklatanten Mangel an Zukunftsvorstellungen gebe; auch dieser Sach-

verhalt gehört zu den Voraussetzungen für die Entstehung der Neuen Linken.

Schärfer wurde diese Kritik an der nichterfüllten Idee der Demokratie bei einem der Initiatoren der Neuen Linken, bei *J. Habermas*: „Die plebiszitär-demokratische Identität des Willens der jeweiligen Parteilichheit in Regierung und Parlament mit dem Willen des Volkes ist in Wahrheit eine fiktive Identifizierung; sie hängt wesentlich auch davon ab, wer über die Zwangs- und Erziehungsmittel verfügt, den Willen des Volkes manipulativ oder demonstrativ zu bilden. Die Parteien sind Instrumente der Willensbildung, aber nicht in der Hand des Volkes, sondern derer, die den Parteiapparat beherrschen (in: „Student und Politik“, Luchterhand Verlag, Neuwied 1961, S. 31). *W. Abendroth* hat in „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“ (Luchterhand Verlag, Neuwied 1967) auf den allgemeinen Bedeutungsschwund des Bundestages hingewiesen. *W. Gottschalch*, Politologe an der PH Berlin, spricht im Anschluß an solche Feststellungen von einer „autoritären Ermächtigungsdemokratie“ (in: „Parlamentarismus und Rätedemokratie, Verlag Wagenbach, Berlin 1968). Am schärfsten, vielleicht bewußt überspitzend, hat *J. Agnoli* solche Tendenz charakterisiert und damit der Neuen Linken die schlagkräftigsten Stichworte gegeben: das Parlament war einmal der Idee nach Repräsentant des Volkes, fungiert jetzt aber als „Instrument der Veröffentlichung von Herrschaft“, ja vertritt dem Staatsbürger gegenüber den Staat statt umgekehrt. Der Legitimation durch die Wahl stellt sich nur noch „ein geschlossener Kreis festgefühter Verbandsspitzen, die unter sich bleiben wollen“ (*Agnoli/Brückner*, „Die Transformation der Demokratie“, Europäische Verlanganstalt, Frankfurt 1968, S. 43 f.).

### *Kontrolle gegen Manipulation . . .*

Diesen „Tendenzen“ hat sich die APO (im weitesten Sinne, einschließlich nicht unbedingt sozialistischer Kräfte) entgegengestellt. In ihren Prognosen ist sie noch überspitzter als in den Analysen; so behauptet das Abschlußkommunique der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ nach den vorverlegten Osteraktionen dieses Jahres, nach den Wahlen im Herbst würden „die demokratischen Reste des Grundgesetzes beseitigt und durch eine neue Verfassung ersetzt werden, mit der die Interessen der Rüstungskonzerne offen zum Gesetz des Staates gemacht werden sollen“.

Die herrschenden Kräfte wollen sich, so erscheine es durchweg, ihre Herrschaft für immer sichern; der Status quo soll nicht mehr verändert werden. Sie arbeiten vorläufig noch weniger mit direktem Zwang — wenn auch von offenem Terror oder drohendem Übergang dazu oft die Rede ist (Bekämpfung von Demonstrationen, direkt durch Polizei, indirekt durch Justiz; Notstandsgesetze) — als mit der *Manipulation*. Dieses Wort faßt verschiedenes zusammen: Manipulation in der Sphäre des Konsums und der Bedürfnisse, Manipulation in der Sphäre des Bewußtseins. Von *H. Marcuse*, dem spiritus rector der Neuen Linken, dem bald auch Kritik zuteil wurde, hat man das am gründlichsten aufgenommen: daß unsere Gesellschaft manipuliert werde. Manipulativ wirken vor allem die Massenmedien. Sie stacheln an zu Konsumwut, provozieren „falsche“ Bedürfnisse, die sich nach der Produktion richten, anstatt daß sich die Produktion nach den

menschlichen Bedürfnissen richtete (die wahren Bedürfnisse hingegen können heute nicht einfach bestimmt werden, die Individuen müssen sie nach einer Revolution selber produzieren).

### *Im Konflikt mit der Verfassung?*

Die Einstellung zum *Grundgesetz* ist verschieden. Die Anhänger der Linken im weiteren Sinne treten meist für den wesentlichen Gehalt des Grundgesetzes ein. U. Sonnemann, Professor für Politologie in Hannover, betont gerade, daß die heutige Verfassungswirklichkeit in der BRD ein permanenter Verfassungsbruch sei, und weist besonders auf Mißachtung der Grundrechte hin (in: „Revolution gegen den Staat“, hrsg. von H. Dollinger, Rütten und Loening, Bern 1968). Auch A. Neusüss, ein Anhänger der Linken, der den Unterschied von „systemimmanenter Opposition“ und grundsätzlicher „Systemopposition“ aufgestellt hat, sieht im Festhalten am Grundgesetz schon eine Systemopposition. Dagegen scheint Karsunke eine Richtung auf die Verfassungsziele hin heute gar nicht mehr möglich. Der hier noch radikalere Agnoli, Kritiker der transformierten Demokratie, meinte: „Die Rückkehr zur Reinheit des Grundgesetzes wäre Rückkehr zu den Anfangsbedingungen der Transformation selbst“ (in: „neue Kritik“, Heft 47). Hierhin gehört die Stellung zum Parlament: Die APO sei nicht grundsätzlich antiparlamentarisch, heißt es im eben erwähnten Aufsatz Agnolis weiter, sie könne es aber im Verlauf politischer Prozesse werden. Jedenfalls sei die Identifizierung von Demokratie mit dem parlamentarischen Formalismus nicht mehr gerechtfertigt. K. Meschkat, früher einer der Wortführer des Berliner SDS, erklärte das „Außerparlamentarische“ damit, daß das Parlament ja heute nicht mehr wichtig sei, E. Krippendorff das „Antiparlamentarische“ damit, daß die Parteien konfliktlos geworden seien. Eine Wendung zur völligen Ablehnung des Parlaments und des Parteiensystems zugunsten des Rätensystems lag für viele nahe. Die Neue Linke spricht ständig von der *Herrschaft* bestimmter Cliques. Die Cliques, das *Establishment*, bestehen aus den Führungsspitzen der Verbände. *Dutschke* bezeichnet sie genauer, wenn er von einer neuen Ordnungspartei (der großen Koalition) spricht: „In ihr vereinigen sich zum Zwecke der gemeinsamen Niederhaltung der Massen heute alle Fraktionen des Gesamtapparates, die ehemaligen Faschisten und bestimmte Sorten von Widerstandskämpfern, die staatlich-gesellschaftliche Bürokratie, umarmen sich die liberale Bourgeoisie, die Vertreter der Monopole, die Arbeitverräter aus den Gewerkschaften, die Sickert und Co., richten sich die Manipulationszentren, die Augstein und Springer ein...“ Doch hassen sollte man „unsere Herren“ nicht, man sollte sie verachten — es seien „fungible Charaktermasken“. Ob aber nun die Herren oder Cliques am Ganzen schuld sind, oder Mechanismen des kapitalistischen Systems, bleibt ungeklärt.

### *„Kapitalismus“ und „Faschismus“*

Die Kritik an fundamentalen Mängeln unserer Demokratie geht hier wieder über in die Kritik am Kapitalismus. Der herrschende Kapitalismus, meist als *Spätkapitalismus*, seltener als *Neokapitalismus* bezeichnet, ist, wie er es immer war, durch Ungleichheit und Aus-

beutung gekennzeichnet. Die sogenannten Grundrechte bleiben, so gesehen, notwendig Ideologie; die vielberufene „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ definiert und konkretisiert Freiheit und Gleichheit nicht. So schreibt *Guggomoos* erklärend in „Junge Wirtschaft“: man könne nicht an die These der Partnerschaft von Arbeit und Kapital glauben. „... die Startchancen für die ‚Partner‘ sind zu ungleich. Karl Marx mag lange tot sein, aber es gilt noch immer sein Wort, daß die Lohnabhängigen nichts anderes anzubieten haben als ihre Arbeitskraft.“ Wer über Produktionsmittel verfüge, sei eben im Vorteil. Von der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, so wird allgemein argumentiert, seien aber in Westdeutschland die meisten Bürger ausgeschlossen. Als verhüllende Ideologie gilt neben der „Partnerschaft“ besonders auch der „Pluralismus“. Wohl hat selbst Agnoli einen gewissen Pluralismus anerkannt: eine Pluralität der Interessen und einen Pluralismus auf der Distributionsebene — aber entscheidend seien die Polaritäten an der Basis der Gesellschaft. Meist werden solche feinen Unterschiede aber gar nicht getroffen, und die Rede vom Pluralismus wird von vornherein verdammt.

Auf die Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Bundesrepublik weisen linke Gesellschaftskritiker eigentlich nur selten hin. Sehr viel mehr spricht man vom politischen Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht, vor allem aber von der Gefährlichkeit, Obsoleszenz und Irrationalität des Kapitalismus überhaupt. Der Spätkapitalismus, bestimmt durch das im Rahmen des Systems notwendige Profitstreben der einzelnen Kapitalisten oder Kapitalistengruppen, bestimmt auch durch die Herrschaft des *Leistungsprinzips*, hat zwar einen gewissen Wohlstand gebracht; aber der Wohlstandsstaat ist zugleich ein Rüstungsstaat (amerikanisch „welfare“ verbindet sich mit „warfare“). Vor allem im Anschluß an das umfangreiche Werk der beiden Amerikaner P. A. Baran und P. A. Sweezy, „Monopolkapital“ (deutsch bei Suhrkamp, Frankfurt 1968) sagt man, daß der Spätkapitalismus, um seine innere Krise zu verschleiern, Verschwendung, Vergeudung, Kapitalvernichtung betreiben müsse, besonders natürlich durch die Rüstungswirtschaft. Die Obsoleszenz des Kapitalismus liegt für sie darin, daß diese Art der Produktion den hochgesteigerten Produktivkräften (Maschinen; technischer, überhaupt menschlicher Intelligenz) nicht mehr entspricht; die Produktivkräfte werden, so meint man, unterdrückt, die Automation wird nicht so weit entwickelt, wie es möglich wäre. Die Irrationalität liegt, außer in der großen Verschwendung, in der Planlosigkeit und Anarchie der Gesamtwirtschaft. (Eine gewisse staatliche Lenkung des Privatkapitalismus durch staatliche Intervention erkennen die linken Kritiker allerdings an.)

Arbeitet der Kapitalismus in den westlichen Industrieländern mit „subtiler“ Gewalt — d. h. mit Manipulationen — um die Massen niederzuhalten und ihr Bewußtsein zu verfälschen, so tut er es — in der Tradition des Imperialismus — in der *Dritten Welt*, die trotz der Entwicklungshilfe (eine „Farce“) ausgebeutet wird (Unterzahlung von Rohstoffen; sich gut auszahlende Investitionen), wenn nötig mit brutaler Gewalt. Dagegen tritt dort die Revolution, die durch *Guerrillakampf* durchgeführt werden soll. In den westlichen Ländern sei dagegen, so sagt man manchmal, zunächst eine Bewußtseinsrevolution notwendig.

Fast ununterbrochen redet die Neue Linke zur Kennzeichnung ihres Gegners von *Faschismus*. Als Faschismus

oder faschistisch gilt praktisch alle Gewalt von „rechts“, wobei der Begriff auf alle Nichtübereinstimmenden ausgedehnt werden kann. Er wird noch dehnbare dadurch, daß man zwischen „manifestem“ und „latentem“ Faschismus unterscheidet; wo also noch keine Gewalt ausgeübt wird, lassen sich wahrscheinlich doch „Tendenzen“ und Möglichkeiten für Gewaltausübung feststellen und somit der „latente Faschismus“, der jederzeit in eine neue Art von manifestem umschlagen könne; eine Entwicklung, die für den Kapitalismus ebenso vorausgesagt wird wie die Steigerung der „Widersprüche“ und die Totalisierung der Manipulation. Nur wenige Stimmen plädieren für eine Einschränkung des Begriffs, etwa dafür, einen autoritären Obrigkeitsstaat deutlich vom alten Faschismus zu unterscheiden (*Cohn-Bendit*).

### *Entfremdungsjargon und Kunstkritik*

In anderer Weise schwer zu präzisieren ist die *Entfremdung*, die sowohl den Klassikern des Marxismus als auch jüngeren Theoretikern zufolge im Kapitalismus herrscht. Sie wird zumeist als Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt verstanden. Die sich auf die Frühschriften von Marx stützende metaphysische Deutung der „Entfremdung“, in Deutschland in den fünfziger Jahren gängig (Entfremdung sozusagen als Verhängnis des Menschen), stößt naturgemäß auf Ablehnung. Entfremdung als auf gesellschaftlichen Ursachen beruhend gilt als aufhebbar. Aber der Begriff bleibt dehnbare.

Ausgehend von einem Aufsatz *Walter Benjamins*, „Der Autor als Produzent“ (1934), sprechen die neuen Linken durchweg von Künstlern als Produzenten, ähnlich wie auch die Universität als Produktionsstätte, die Wissenschaft als Produktivkraft gilt. Charakteristisch für den neuen Begriff von *Kunst* war eine Diskussion in der „Zeit“, ausgelöst durch den Beitrag eines Berliner SDS-Kollektivs: „Kunst als Ware der Bewußtseinsindustrie“ („Zeit“ vom 29. 11. 68). Dort hieß es: Kunst sei „gesellschaftlich“. Sie werde zwar noch individuell produziert, aber: im individuellen Ausdruck lägen gesellschaftliche Sachverhalte beschlossen, das Kunstwerk gerate in den gesellschaftlichen Zusammenhang des Vertriebs, die Rezeption geschehe unter gesellschaftlichen Vorzeichen. Besonders auf dem zweiten Punkt liegt der Akzent (stark beeinflusst von Adorno), auf Kunst als „Ware“ innerhalb des Vertriebssystems der Kulturindustrie.

Die *bürgerliche Ästhetik* bestehe auf drei Kriterien: Originalität, Spontaneität, Virtuosität. Dieser Entzug der Rationalität führe dazu, daß die Kunst zum Mittel der Einschüchterung werde, die Kunst sei also für das herrschende System eine wesentliche Stütze. — Gegen diese Thesen wandten sich unter anderem Heidelberger SDS-Angehörige: die Kunst sei kaum Herrschaftsmittel, die traditionellen Kunstgattungen hätten nur geringe gesellschaftliche Bedeutung. *Erich Fried* (als Übersetzer und mit Vietnam-Gedichten „und vietnam und“ hervorgetreten) kritisierte: die Argumente seien vereinfacht, der Glaube an die Unmöglichkeit einer wirksamen fortschrittlichen Kunst gehe von der angeblichen völligen Geschlossenheit und der Widerspruchsfreiheit des kapitalistischen Systems aus.

Aber im ganzen reden weiterhin viele von einem Tod der Kunst: so mehrere Autoren in *Enzensbergers* „Kursbuch“ Nr. 15 vom Tod der Literatur einschließlich der Literaturkritik; so auch *Schneider* in „Kursbuch“ 16: die spätbürgerliche Kunst sei tot; eine revolutionäre Kunst

sei dagegen noch möglich, aber nur in politischer, agitatorischer Form oder — ziemlich unklar — durch Herausarbeitung der „Wünsche“ einschließlich ihres Anspruchs auf Verwirklichung in der Kunst.

Eine Auseinandersetzung mit den *christlichen Kirchen* gilt, von den kirchlich agierenden Gruppen abgesehen, weithin als überflüssig, da es sich bei ihnen doch nur um historische Relikte handle, die der Liberalismus gerade noch dulde; Auseinandersetzung würde ihnen nur einen falschen Schein von Bedeutung verleihen.

### *Repression und Sex...*

*Repression* bedeutet im Sprachgebrauch der Neuen Linken nicht einfach Unterdrückung, sondern: unnötige Einschränkung möglicher Freiheit (so definiert in: *E. J. Bernbeck*, „Politisches Wörterbuch“, Verlag Diesterweg, Frankfurt 1968). Repression kann in einer autoritären Gesellschaft natürlich auf den verschiedensten Gebieten entdeckt werden: Ordinarien, Polizei, Gerichte, Unternehmer. Eltern usw. können Repression betreiben. Im Mittelpunkt linker Kritik steht nicht zuletzt die *sexuelle Repression*. Schon Marcuse hat in „Triebstruktur und Gesellschaft“ die Behauptung Freuds, daß Kultur sexuelle Repression zur Voraussetzung habe, in Frage gestellt. *P. Brückner*, Professor für Politische Psychologie in Hannover, sieht besonders in der frühen Repression kindlicher Sexualität (etwa sexueller Neugier) durch die Eltern die Grundlagen für eine Charakterbildung, die später gegenüber allen möglichen Repressionen Gefügigkeit zeigt oder solchen Repressionen selbst zuneigt (in: *Agnoli/Brückner*: „Die Transformation der Demokratie“). Die Aggressivität des Menschen soll jeweils durch Repression entstanden sein; die antiautoritären Kindergärten oder „Kinderläden“ ziehen aus solchen Behauptungen radikale Konsequenzen.

Bezeichnenderweise wendet man sich heute wieder dem Psychologen *W. Reich* zu, dessen Werk „Die Funktion des Orgasmus“, zuerst 1927 erschienen, soeben neu herausgekommen ist (in erweiterter Fassung bei Kiepenheuer & Witsch, Köln 1969). Bei Reich heißt es: „Die neurotische Lustangst ist die Grundlage der Reproduktion der lebensverneinenden, Diktatur begründenden Weltanschauung durch die Menschen selbst.“ Wenn die „Einheit und Widerspruchslosigkeit von Kultur und Natur, Arbeit und Liebe, Moral und Geschlechtlichkeit“ ersehnt wird, so ist Voraussetzung, „die biologische Anforderung der natürlichen (orgastischen) Sexualbefriedigung“ zuzulassen. Marcuse hatte noch eine neue Form der Selbstsublimierung der Triebe ohne Unterdrückung postuliert; er hatte auch auf Gefahren „repressiver Entsublimierung“ (Sexualkonsum) hingewiesen. Ganz ähnlich Adorno: die Befreiung des Sexus in der gegenwärtigen Gesellschaft sei bloßer Schein; der Sexus sei von der Gesellschaft eingegliedert, institutionalisiert, verwaltet.

Die Doppelstellung gegen Repression der Gesellschaft gegenüber dem Sexus einerseits und zugelassenen Sexualkonsum andererseits ist nicht leicht durchzuhalten. Die underground-Blätter kümmern sich von vornherein wenig um die Abhebung vom Sexualkonsum. *R. Reiche* zog in seinem Buch „Sexualität und Klassenkampf“ (Verlag neue Kritik, Frankfurt 1968) wieder gegen die „repressive Entsublimierung“ zu Felde und stellte eine Theorie der „Scheingenitalität“ auf (scheingenitale Menschen, in Wirklichkeit narzisstisch, hätten ein schwaches Ich, seien für die Gesellschaft leicht manipulierbar).

Man hat der Neuen Linken den Vorwurf gemacht, sie bleibe in einem alles andere ausschließenden *Rationalismus* befangen. Immer stärker sich emanzipierende Vernunft, kritische — auch selbstkritische — Rationalität ist zweifellos für *J. Habermas* ein entscheidendes Motiv und für die junge Linke (allerdings mit nur wenig Selbstkritik) ein Anspruch, den man erfüllen zu können glaubt. Aber neben Rationalität und Aufklärung steht, wie erwähnt, die Forderung nach Triebbefriedigung, auch eine Betonung der *Emotionalität* und Spontaneität überhaupt, wenigstens als Forderung für eine zukünftige Gesellschaft. *P. A. Baran* schreibt, „daß die marktorientierte Berechnung und die vom Markt veranlaßte Unterdrückung der Spontaneität, durch welche die Privilegierten wie die Nichtprivilegierten gleichermaßen an die Erfordernisse des kapitalistischen Wirtschaftssystem angepaßt werden, in ziemlich verhängnisvoller Weise das beschädigen, was Freud — und vor ihm Marx und Engels — als die Quelle menschlichen Glücks definiert haben: die Freiheit zur Selbstentfaltung und das Vermögen, durch die Sinne Erfüllung zu erfahren. Indem die Emotionalität des Individuums mit einem strengen Tabu belegt . . . wird, kommt es zur ‚Affektverkümmerng‘“ („Unterdrückung und Fortschritt“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1966, S. 93). Im Aktionismus, in der „Neuen Unmittelbarkeit“, in rüden Provokationen machen sich die Emotionen dann nur zu leicht selbständig.

### *Universitäts- und Schülersozialismus*

Von den Hauptforderungen der studentischen Opposition ist die der „Drittelparität“ ins allgemeine Bewußtsein eingegangen. Sie ist inzwischen völlig überholt: heute verlangt der SDS „mindestens Halbparität“ und verspricht zugleich für das Sommersemester weiteres „systematisches Stören des Lehrbetriebes“ („neue kritik“, Heft 51/52). Im Grunde geht es natürlich nicht um Paritäten, sondern um den Sinn der *Universität*. Das Fernziel ist die Universität für alle, die Nahziele sind Universität als kritisch-politischer Faktor in der Gesellschaft, „politische Reflexion des Studieninhalts“, je nachdem auch seine Neubestimmung; „herrschaftsfreie Diskussion“, kollektive Lernprozesse. Gegen die Ordinarien muß ein Kampf unter anderem deshalb geführt werden, weil sie Macht haben, diese Ziele zu verhindern, weil sie festlegen wollen, was Wissenschaft und was Strömung ist. Gegen die These der „Freiheit von Forschung und Lehre“ steht der Einwand, daß sich dahinter einerseits Willkür verberge, andererseits der Tatbestand politischer Lenkung durch wirtschaftliche Mächte: sei es direkt durch Forschungsaufträge, sei es indirekt durch die Integriertheit der Professoren in die Gesellschaft, deren Lehren dann ebenfalls auf Anpassung an die Gesellschaft hinauslaufen. Die Studienzeit bot dagegen immerhin „die der Mehrheit der Menschen systematisch verweigerte Möglichkeit, sich durch intensive Anstrengung von den . . . verinnerlichten fremden Herrschaftsinteressen zu befreien, die spezifisch menschliche Verstandestätigkeit in sprengende Vernunft gegen die bestehende Gesellschaft zu transformieren“ (Dutschke, in: *Larsson*, „Demonstrationen“, Berlin 1967, S. 155). Die *technokratische Hochschulreform* soll, so heißt es, den letzten Freiheitsspielraum der Studenten beseitigen, sie sollen selbst zu Fachidioten gemacht werden. Von dem Anspruch auf die Universität als Freiraum zur Entfaltung der Individualität geht der Weg heute

weiter zum Versuch, „die Universität sozialistischen Zielen dienstbar zu machen“ („Rote Presse Korrespondenz“ vom 18. 4. 69). Die Bemühungen um eine „Kritische Universität“ in Berlin, eine „Politische Universität“ in Frankfurt, die Bildung von „Basisgruppen“ in den Fachbereichen waren erste Stationen.

Auf die Ausdehnung der antiautoritären Bewegung auf die *Schule* wurde schon hingewiesen. *H. Bacia* zufolge wurde für viele Schüler „die Kampagne für größere sexuelle Freiheit . . . zum Beginn eines antiautoritären Engagements“ („Thesen zur Sexualität“, Bochum 1968, S. 96). In diesem Sinne sprach *G. Amendt* vom SDS Frankfurt zu Sylvester 1967 in Baden-Baden zu Schülern über Sexuaufklärung in der Schule — ein vielzitatierter und vielangegriffener Vortrag (abgedruckt in „Kinderkreuzzug“), in dem Amendt die wesentlichen Interessen der Schüler als bei ihrem Körper liegend lokalisieren wollte und den Turnsaal als Ort „à faire l'amour“ empfahl.

Weniger drastisch bekundete auch das AUSS in einer Resolution zur Sexualerziehung die Forderung von „Glück und Befriedigung der Heranwachsenden“; andererseits ist hier auch davon die Rede, daß man die Gefühle eines Menschen nicht ausbeuten, ihn nicht mutwillig Enttäuschungen aussetzen solle (abgedruckt in: *Haug/Maessen*, „Was wollen die Schüler?“). Es geht aber nicht nur um sexuelle Repression (Repression sowohl der Betätigung wie der Aufklärung) in der Schule, sondern allgemein auch hier um den Abbau überflüssig erscheinender Autorität, dann um das gemeinschaftliche Lernen der Schüler, zu dem der Lehrer nur Anregungen gibt, um die Fragwürdigkeit des Benotungssystems, um Berufsrechte der Schüler, um die Problematik besonders des Politik- und Deutschunterrichtes, endlich auch um die Kritik an der höheren Schule als einer Klassenschule, in der Arbeiterkinder benachteiligt würden.

Als letzte Gruppen von Unterdrückten sind die *Lehrlinge* und die *Gastarbeiter* entdeckt worden, vorher noch die Strafgefangenen, sowohl im Hinblick auf die Mißstände des Strafvollzugs als auch der *Justiz* selbst, die als Klassenjustiz apostrophiert wird, gemäß einem Satz von Bloch: „Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden.“ Einfachstes Beispiel dafür seien unverhältnismäßig hohe Strafen für geringfügige Eigentumsdelikte.

### *Kommunismuskritik*

Besonders in den Anfängen der Bewegung der Neuen Linken wurde der Vorwurf vielfach erhoben, sie wende sich nicht gegen den *Kommunismus* oder sei sogar von diesem ferngesteuert. Der Vorwurf ist heute in der ernsthaften Diskussion aufgegeben worden. Mag es auch kleinere Gruppen geben, die mit dem Sozialismus der Ostblockstaaten sympathisieren — weithin überwiegt Kritik, jedenfalls gegenüber der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten; von der Kritik sind die Vorbilder China, Kuba, Nordvietnam selbstverständlich ausgenommen. Doch auch Kritik an allgemeinen Prinzipien des Sozialismus wird geübt. Hatte Horkheimer noch in den dreißiger Jahren die Rationalität des sozialistischen „Plans“ gutgeheißen, so wurde bald, schon in Marcuses Werk „Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus“, der Tenor darauf gelegt, daß in den Ostblockstaaten eine Bürokratie herrsche und nicht etwa die Massen. Herrschaft stützt sich nicht nur auf Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern — eben auch in

nichtkapitalistischen Staaten — auf „Akkumulation autoritärer Dispositionsbefugnisse“ (so die Herausgeber von „links“ in der ersten Nummer). Zwei besonders charakteristische Stimmen seien hier zitiert: A. Gorz (ein emigrierter Österreicher, eigentlich Gerhard Horst) entwickelt in seinem Buch „Der schwierige Sozialismus“ (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1968) zunächst die Bedingungen für eine Zukunftsgesellschaft: es müsse da die Möglichkeit zu voller Befriedigung der Bedürfnisse, zur vielfältigsten Ausbildung, zur Abschaffung der Arbeit als Zwang geben — doch dafür sei unsere Zeit noch nicht reif. Gorz sieht im weiteren zwar den Niedergang der direkten Demokratie in der Sowjetunion als eine Notwendigkeit innerhalb der Periode des Aufbaus an; doch fehle eine Zukunftskonzeption, und die bloße Imitation des kapitalistischen Modells (immer mehr Konsumgüter) mache noch keine Demokratisierung aus. Wie im kapitalistischen System werde im gegenwärtigen sozialistischen das soziale Leben entpolitisiert. Die Individuen besäßen keine Macht in der Produktion, die Arbeit sei weiterhin autoritär und repressiv organisiert, es herrsche also „Entfremdung“. Nicht einmal in der Selbstverwaltung sieht Gorz ein Allheilmittel, das bewirken könne, daß der Arbeiter sich bei der Arbeit „bei sich“ fühle. (Dafür, daß das möglich sei, bringt Gorz paradoxerweise ein positives Beispiel aus — den USA!) Noch kritischer äußern sich *Elmar Altvater* und *Christel Neusüß* in ihrer Arbeit „Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation“ („neue kritik“, Heft 51/52). Sie weisen auf die „horrende Ressourcenvergeudung“ in sozialistischen Staaten, auf das wieder eingeführte „irrationale Leistungsprinzip“, auf „noch groteskere Irrationalitäten“, auf die Einführung von „ökonomischen Anreizen“ und „Manipulationen“ hin. Alles liegt nach ihnen an der Herrschaft der Bürokratie und der mangelnden Emanzipation der Masse. Die Autoren fragen ironisch, warum die Sowjetunion gegen die ČSSR eingeschritten sei und nicht gegen Polen (wo zahlreiche kleinere Fabriken reprivatisiert werden sollen).

Besonders charakteristisch in diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme zur sowjetischen *Intervention in der ČSSR*. Sie stieß auf heftige Ablehnung, wurde als „Akt der Konterrevolution“ bezeichnet; einige Gruppen freilich sahen, der chinesischen Interpretation folgend, in der ČSSR „Revision“, die dann die Sowjetunion, selbst Trägerin eines „Revisionismus“, eigentlich ganz sinnlos unterdrückt habe. Eine Art Vermittlung zwischen beiden Standpunkten gab *H. J. Krabl*: wohl hätten die Reformer in der ČSSR auf die verstaatlichten Produktionsmittel bloß einen liberalen Überbau aufgestülpt, der nur herrschaftverschleiern hätte sein können. Trotzdem habe in den Reformen ein Fortschritt gelegen — nämlich insofern überhaupt erst wieder eine Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit provoziert worden sei, die für den gesellschaftlichen Zustand — verstaatlichte Produktivkräfte — strukturell sprengend hätte wirken können. (In: *Deppe/Heinrich/Bärmann*, Die Tschechoslowakei 1945—1968, Edition Voltaire, Frankfurt 1968).

Weniger entschieden als vom sowjetischen Bürokratismus hebt sich die Neue Linke von den alten marxistischen Positionen ab. Neue Akzente setzt zunächst die Berufung auf Lenin im Sinne des *Voluntarismus*, wie er auch bei Mao und Che Guevara wiederkehrte, und zugleich der Versuch, von einer damit verbundenen Elite- oder Avantgarde-Theorie wegzukommen, d. h. die Massen

nicht zu dirigieren, sondern zu „emanzipieren“. Vorbild war hier Rosa Luxemburg, die „Prophetin par excellence der uninstitutionalisierten Revolution“ (*P. Nettl*), die schon 1904 Lenins Programm einer zentralistischen Partei von Berufsrevolutionären mißbilligt und später die Beseitigung der Demokratie durch Lenin und Trotzki kritisiert hatte. Auch auf ihr Konzept eines Räte-systems („Was will der Spartakusbund?“) greift die Neue Linke zurück.

Konsequente *Bakunin*-Anhänger gibt es wohl nur wenige, man versucht eher, anarchistische Elemente in die Theorie einzubringen (Bakunin, Feind jeder Macht, hätte jede Art von Diktatur, auch die des Proletariats, bekämpft).

### Räte-sozialismus

*Arbeiterselbstverwaltung* und *Räte-system* gelten vielen neuen Linken als praktikable Zielvorstellungen. Als Vorbilder, zumindest als zu analysierende Modelle, in diesem Sinn nennt man: die Kommune in Paris 1871; die — rasch überspielten — Räte in Deutschland 1918/19; die Münchener Räterepublik; die Räte in den Anfängen der Revolution in Rußland; gelegentlich die Bewegung um Machno in der Ukraine 1918/20; den Aufstand der Kronstädter Matrosen gegen die Parteiherrschaft; die Selbstverwaltung von Industriearbeitern und Bauern während des spanischen Bürgerkrieges; die Arbeiterräte in Ungarn während und noch nach dem Aufstand 1956; die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien (auffallend selten).

Als besonderer Vorzug des Räte-systems gilt vor allem die Gebundenheit der Räte an den Wählerwillen und ihre jederzeitige Absetzbarkeit; auch die Auflösung der sogenannten Gewaltenteilung, die schon dem Theoretiker Franz Neumann (1900—1954) zufolge bloß im älteren Liberalismus Sinn hatte, ist für die Räteanhänger ein Positivum. Über die mögliche Funktionstüchtigkeit von Räten sind sich die heutigen Theoretiker allerdings nicht sicher (vgl. *W. Gottschalch*, „Parlamentarismus und Räte-system“, und *E. Ertl*, „Alle Macht den Räten?“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1968).

Eine Präzisierung der weiterreichenden Zielvorstellungen hatte schon Marx nicht geleistet; er hatte sich auf Andeutungen beschränkt, von der Idee des „totalen Menschen“ in den Frühschriften bis zum „Reich der Freiheit“. Sehr viel mehr kann auch die Neue Linke nicht sagen (durchaus nicht ohne Gründe). Marcuse hat den Begriff einer zukünftigen „Befriedigung des Daseins“ geprägt, dann von der Freisetzung der menschlichen Sensibilität und Sensitivität gesprochen, ja von der späteren Gesellschaft als einem „Kunstwerk“. Sehr stark wirkte Che Guevaras Idee eines „neuen Menschen“, obwohl sie unbestimmt bleibt: der neue Mensch werde „voller entwickelt“ sein und mehr Entscheidungen treffen können. Der Begriff ist ausgesprochen emphatisch-lyrisch, was Diskussionen darüber fast unmöglich macht. Wenn *B. Nirumand* und *E. Siepmann* in „Kursbuch“ 14 die „Zukunft der Revolution“ behandeln, wiederholen sie diese Andeutungen von Marx und Guevara und hoffen darüberhinaus für den Sozialismus auf die günstigen Wirkungen der Automation, welche Bedürfnisbefriedigung, Entfaltung des Bewußtseins und der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen ermöglichen werde; freilich sei in den sozialistischen Ländern zuvörderst eine Demokratisierung notwendig.

## Von der Demonstration zur Gewalt

Die Verbindung von *Theorie und Praxis* wurde, nach einer Zeit des Theoretisierens, eines der Leitmotive der Neuen Linken. Theorie soll ständig von der Praxis modifiziert und mitbestimmt werden. Ein Grenzfall ist die theoriefeindliche Einstellung und die Aktion ohne klares Ziel. *Diskussionen* sind in den Hintergrund getreten, abgesehen von den Diskussionen der Linken unter sich und von Kampfdiskussionen, die auf Mehrheitsbeschlüsse im Sinne der Neuen Linken abzielen. Diskussionen als reine Gespräche hätten ja doch nur „Ventilcharakter“. Methoden der Aktion Go-in, Teach-in, Sit-in, meist aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung übernommen, sind allgemein bekannt. *Demonstrationen* sollen Öffentlichkeit für bestimmte Fragen erzwingen, die etwa von den Massenmedien übergangen werden, oder als Provokation die Neigung des Gegners zur Gewalt nachweisen. Aber genehmigte Demonstrationen gelten heute vielen als in ihrer Ergebnislosigkeit doch nur „frustrierend“. Die spontane Demonstration — für die man sich wie für alle auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit berufen kann — und gezielte Störungen verschiedenster Art scheinen also sinnvoller. Die als „Befreiung“ bezeichnete Besetzung von Universitätsinstituten entspringt der hochschulpolitischen Auffassung der Linken und ist ein solcher Störversuch innerhalb des „Produktionsbereichs“ Wissenschaft. Verwüstungen von Räumen in Universitäten, Einwerfen von Fensterscheiben sind die aggressiveren Methoden der entsprechend aggressiven Aktionisten gegenüber Institutionen, während gegenüber Personen etwa nächtliche Telefonbelästigung oder ständiges Verfolgen (Beschatten) angewandt werden. Aufforderungen zum Feuerlegen findet man besonders in den underground-Blättern.

Im großen ganzen führte der Weg von Marcuses „*Großer Weigerung*“ zur „*organisierten Verweigerung*“ und von da zur *Gewalt* („Gegengewalt“, „Militanz“). Schon im Verlauf des Jahres 1967 waren Dutschke und andere SDS-Mitglieder für den Appell an soziale Randschichten eingetreten, die zur Gewaltanwendung bereit seien. Über die Frage der Gewalt kam es zur ersten Kontroverse mit Habermas, der sich lange mit der Neuen Linken solidarisch gefühlt hatte, am 9. Juni 1967 jedoch Dutschke in Hannover eine „voluntaristische Ideologie“ in Nähe zu einem „linken Faschismus“ vorwarf. Der Vorwurf wurde zwar bald stillschweigend zurückgenommen, *Habermas' Thesen* vom 1. Juni 1968 „Die Scheinrevolution und ihre Kinder“ (mit denen er sich gegen die Methoden der jungen Linken wandte, ihr Mangel an Realismus vorhielt und als wirkliches Ziel Aufklärung anstelle von Scheinrevolution erklärte) zeigten aber noch größere Distanzierung, ähnlich wie Äußerungen des (seit einigen Jahren emeritierten) Horkheimer und von Adorno, der vor kurzem angesichts ständiger Störung seine Vorlesungen in Frankfurt bis auf weiteres eingestellt hat.

Nach den Delegiertenkonferenzen des SDS im September und November vorigen Jahres wurde die Differenzierung des SDS in den Informationsblättern des „Sozialistischen Bundes“ wie folgt geschildert: der SDS Hamburg vertrete eine rätekommunistische Richtung. Im SDS Berlin konkurrierten trotzkistisch-leninistische und doktrinär anarchistische, immer stärker auf militante Aktionen und Bündnisse mit sozialen Randgruppen (Rocker)

tendierende Kräfte miteinander (wobei Lefèvre und Rabehl gegenüber Semler zurückgetreten seien). Im SDS Frankfurt herrsche ein reflektierter Antiautoritarismus (Wortführer: Krahl) vor. In vielen Provinzgruppen breite sich ein naiver Antiautoritarismus aus, der sich auch auf ‚SDS-Autoritäten‘ fixiere. Der marxistische Traditionalismus (Marburg, Einfluß *Abendroths*) spiele insgesamt keine Rolle mehr. Die früher stark parteikommunistischen Gruppen Köln und München seien in sich zerstritten; die Zeitschrift „*facit*“ finde kaum noch Resonanz, aber auch die trotzkistische Richtung habe keine Führungsrolle gewinnen können. — Dem im vorigen November in Dortmund vorgestellten Wahlbündnis linker Parteien (DFU, BdD und DKP) „Aktions- und Wahlbündnis für demokratischen Fortschritt“ (ADF) steht nur die Kölner SDS-Gruppe nahe.

Bei der Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt im April wurde der im November gewählte Bundesvorstand wieder umgebildet. Das wesentliche Ergebnis der Tagung war wohl der Vorsatz, in viel stärkerem Maß als bisher Verbindung zu den Arbeitern herzustellen. Konkrete Angriffsziele in dem angekündigten „heißen Sommer“ sollen sein: die Vorbeugehaft, das neue Ordnungsrecht und Relegationen an den Hochschulen; ferner will man „antimilitaristische“ Kader in der Bundeswehr bilden und auch die technischen Wissenschaften von ihrem unkritischen positivistischen Selbstverständnis abbringen.

## *Anspruch und Wirkung*

Hoffnungen auf eine Art Selbstauflösung der Neuen Linken scheinen sich vorläufig nicht zu erfüllen; die gegenwärtige Periode kann als Umorganisation wie als Krise verstanden werden. Andererseits entsprechen die Wirkungen der linken Protestbewegung nicht ihren Hoffnungen: J. Habermas nennt (im erwähnten Buch) Reformchancen bei den Hochschulen, in Justiz und Presse, Anstöße zur Demokratisierung für Kirchen und Kulturbetrieb, Impulse für die Mitbestimmungspolitik und die Bildungspolitik. „Eine politische Fernwirkung des Studentenprotests könnte sich . . . gerade dort einstellen, wo es die Aktionisten weder erwarten noch wollen: in Parteien, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen.“ Darüberhinaus aber habe die Protestbewegung die Frage, wie wir leben möchten (nicht die gängige, was wir zum Leben brauchen), erst wieder zum Bewußtsein gebracht und allgemein politisierend gewirkt. Zur Herkunft der Protestbewegung meint Habermas: „Die Kerne der Protestbewegung — in den angelsächsischen Ländern vor allem, aber auch in der Bundesrepublik — sind Subkulturen, die die Vereinzelung der privaten Lernsituation zugunsten solidarischer Gruppenerfahrungen aufheben sollen . . . Das Protestpotential scheint sich am ehesten in den Subkulturen zu bilden, für die die privatisierten Glaubensmächte am nachhaltigsten erschüttert worden sind.“ Habermas spricht von einem „Janusgesicht“ des Jugendprotestes, in dem sich von Anfang an emanzipatorische Kräfte mit repressiven verbunden hätten.

Andere Kritiker haben schärfer geurteilt: so viele Politiker, die rechten und linken Extremismus gleichsetzen, oder Wissenschaftler, die die Thesen als neuen Glauben, Ansammlung von Leerformeln, als antiquiert bezeichnen, Journalisten, die (wohl nicht ganz zu Unrecht) von einer im Grunde romantisch-unpolitischen Bewegung

sprechen. Präziser sind Einzelhinweise: auf die auch in der geschwächten Demokratie noch bestehenden Teilfreiheiten, die nicht links überholt werden dürften (*R. Bigler*, „Enteignet Deutschland?“, Wien 1968), auf die Fragwürdigkeit eines Begriffs wie Spätkapitalismus (*Ch. Watrin*), auf die im Rätssystem liegenden Unwegsamkeiten (*G. A. Ritter*). Nähe zu einem Freund-Feind-Schema wird häufig der Neuen Linken angelastet, auch die Neigung zu Kompromißlosigkeit und Fanatismus, die *Milovan Djilas* „Künftige Herrschaft über den Menschen“ durch die Linken fürchten läßt, obwohl er ihr

zugute schreibt, sie habe „die herrschenden Mächte aus ihrem Dahindämmern aufgeschreckt, den Glauben an das Paradies der Elektromaschinen ins Wanken gebracht, die opportunistische und privilegierte Natur des offiziellen Kommunismus aufgedeckt“ („Neues Forum“, Februar 1968). Die absehbare Entwicklung der Neuen Linken dürfte den Kritikern zwar rechtgeben, dennoch will sich diese von ihren Kritikern und Gegnern „die Lust am Sozialismus“ (Titel des jüngsten Buches von *G. Zwerenz*, Heine-Verlag, Frankfurt 1969) offensichtlich nicht nehmen lassen.

## Der Faktor Sittlichkeit im Sowjetssystem

Wurden die Fragen der Ethik oder der sog. „kommunistischen Moral“ in der Sowjetphilosophie lange Zeit überhaupt nicht oder nur am Rande behandelt, so ist seit etwa zehn Jahren eine immer intensivere ethische Diskussion in Gang gekommen, in der man sich auch mit der sog. bürgerlichen Ethik vor allem angelsächsischer Provenienz, des ethischen Neopositivismus und Emotivismus, auseinandersetzt. Im Studienjahr 1959/60 wurden an allen sowjetischen Hochschulen fakultative Kurse über marxistisch-leninistische Ethik eingeführt, Konferenzen und Tagungen widmeten sich in zunehmendem Maße diesem Thema, und die anfangs spärlichen Publikationen dazu stiegen seit dem XXII. Parteitag der KPdSU sprunghaft an (vgl. „Pravda“, 9. 6. 65). Inzwischen hat sich, wie der Chefredakteur der „Izvestija“, *L. Tolkunov*, Anfang 1967 feststellen konnte, „die sittliche Welt des Sowjetmenschen, die kommunistische Moral in den letzten Jahren in unserer Presse einen festen Platz“ erobert. „Heute kommt fast keine Nummer einer Zeitung oder Zeitschrift mehr heraus, in der nicht auf irgendeine Weise diese Probleme berührt werden. Der Bedarf an ethischer Literatur ist sehr groß und läßt nicht nach“ (Probleme der sittlichen Erziehung und die Presse, „Kommunist“, Nr. 2, S. 73).

Allerdings weisen nach Tolkunov die in der Presse behandelten ethischen Fragestellungen eine Reihe allgemeiner formaler und inhaltlicher Mängel auf: die Thematik sei unbedeutend, alltäglich, „kommunal“, die sittlichen Schlußfolgerungen nicht tieferschürfend und klar genug, der Zusammenhang mit den „brennenden Problemen des gesellschaftlichen Lebens, der Arbeit und der staatsbürgerlichen Erziehung“ fehle. Es herrsche die Tendenz, den „Moralkodex der Erbauer des Kommunismus“ (der die inhaltlichen Forderungen der kommunistischen Moral enthält) zu einer Sammlung erstarrter Thesen abzustempeln, die Darstellungen blieben ohne eine bestimmte aktive erzieherische Wirkung, man spreche mehr das Gefühl als den Verstand an und konzentriere sich nicht auf die wirklich notwendigen Themen, z. B. Trunksucht oder Rowdytum. Das Hauptkriterium bei der Auswahl ethischer Themen müsse die allgemeine Verbreitung des Phänomens sowie die gesellschaftliche Bedeutsamkeit des Beitrages sein. Die im sowjetischen Moralkodex angeführten Forderungen und Ideale sollten stärker behandelt werden: gewissenhafte Arbeit, sozialistische Humanität, Kollektivismus, das Bewußtsein der gesellschaftlichen Pflichten. Internationalismus und die Unversöhnlichkeit gegenüber den Feinden des Kommunismus. Statt dessen begnüge man sich mit rein formalen Verweisen

auf diesen Moralkodex. Diese „Kritik“ Tolkunovs dürfte mehr die Tages- und Wochenpresse treffen, weniger aber Fachzeitschriften wie „Voprosy Filosofii“, „Filosofskie Nauki“, „Kommunist“, „Vestnik Moskovskogo Universiteta“ u. a., deren zunehmende Beiträge zu ethischen Themen ein wesentlich höheres Niveau aufweisen.

### Der Moralfaktor in der kommunistischen Gesellschaft

Die Gründe für dieses Interesse sind vielschichtig. Das konkrete moralische oder amoralische Verhalten im Alltag, im Betrieb und in der Familie, Kriminalität, Konflikte und Skandale sind seit eh und je gesellschaftsrelevant. Dies gilt heute von der Sowjetgesellschaft um so mehr, als diese Themen lange Jahre mehr oder weniger totgeschwiegen wurden. So löste z. B. ein Artikel von *N. Parigina* „Freude und Pflicht“ („Izvestija“, 23.1.68) über die Gefühllosigkeit junger unehelicher Mütter, welche ihre Kinder in Hospizen zurücklassen und sich nicht mehr um sie kümmern, eine heftige Diskussion aus. Dürfte dieses Interesse vornehmlich spontaner Natur sein, in dem sich ein ursprüngliches sittliches Bewußtsein zu Wort meldet, so gibt es darüber hinaus ein „offiziell“ gelenktes und gefördertes Interesse am „Moralfaktor“ der zwischenmenschlichen Beziehungen. Dieses „offizielle“ Interesse hat teils real-praktische, teils rein theoretische Ursachen.

Kriminalität, Alkoholismus, Rowdytum, der offene Zynismus sowjetischer Bürger gegenüber dem „gesellschaftlichen Eigentum“, Roheiten in den zwischenmenschlichen Beziehungen, wie sie in der Sowjetpresse immer wieder berichtet werden, sind in den Augen der Parteiführung natürlich keine stabilisierenden Faktoren der Sowjetgesellschaft. Gerade das „hochmütige“, „gemeine“ und „grobe“ Verhalten der Vorgesetzten in sowjetischen Betrieben gegenüber den Arbeitern, das z. B. *E. Dolot* im Organ des sowjetischen Jugendverbandes, „Molodoj Kommunist“ (Nr. 1, 1968, S. 82), scharf verurteilt, wird von ihm auf einen „Mangel an humanistischer Erziehung der Führungskader“ zurückgeführt. Es zerstöre die Moral, zerfresse die Gemütsverfassung der Arbeiter und zersetze das Kollektiv.

Ein weiterer Grund für das offizielle Interesse am „Moralfaktor“ liegt letztlich in der zunehmenden industriellen Verflechtung und den stets komplizierter werdenden industriellen Fertigungsprozessen, die eine rein zentral gelenkte Planwirtschaft impraktikabel machen. Diese Erkenntnis zwang die Partei- und Regierungs-